

# Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft  
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (18. Jahrgang, Nr.08 August 2024)

**besuchen Sie uns auch im Internet unter [www.dags-konvent.de](http://www.dags-konvent.de)**

Wenn Sie heute irgendeine Idee killen wollen, brauchen Sie nur dafür zu sorgen, dass ein Komitee darüber berät.

*Charles Kettering, amerik. Wissenschaftler u. Philosoph  
(1876-1958)*

## Correctiv

ist eine Nachrichtenseite im Internet, die ich sehr schätze und schon länger finanziell unterstütze. Jetzt wurde sie in Mannheim mit dem „Carlo-Schmidt-Preis“ ausgezeichnet. U.a. hat eine Aktion des Correctiv zu großen Protestbewegungen in ganz Deutschland beigetragen. Der Journalist Heribert Prantl schreibt zur Preisverleihung u.a. Folgendes:

„Die Recherchen, die CORRECTIV am 10. Januar 2024 unter dem Titel „Geheimplan gegen Deutschland“ veröffentlichte, haben das Land in Aufruhr versetzt. CORRECTIV berichtete über ein Geheimtreffen von Rechtsextremisten in einer Villa unweit des Wannsees, bei dem die Teilnehmer die Möglichkeiten der Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund besprachen. Sie taten das unter dem Namen „Remigration“. Mit „maßgeschneiderten Gesetzen“ und mit „Anpassungsdruck“ sollten sie dazu gebracht werden, Deutschland zu verlassen. Im Programm der AfD, auf der Webseite der Partei, heißt es zwar, sie bekenne sich „vorbehaltlos zum deutschen Staatsvolk als der Summe aller Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Unabhängig davon, welchen ethnisch-kulturellen Hintergrund jemand hat ...“.

Die CORRECTIV-Recherche aber zeigte: In der AfD wird sehr wohl über die Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund nachgedacht. Die CORRECTIV-Recherche war und ist dies eine Recherche mit Wirkungsgeschichte: Es kam zu mächtigen Demonstrationen gegen die völkisch-nationalistisch rechtsextremen Pläne. Weit über eine Million Menschen in den Städten und auf dem Land protestierten.“

Man kann die Nachrichten von Correctiv kostenlos im Internet abonnieren. Die Organisation bittet lediglich um Spenden

*Walter Hamann*

## Fordern die Rechten bald einen Ariernachweis?

Es ist nach dem Geheimtreffen von Rechtsradikalen mit Mitgliedern der AfD und der Werteunion und der Haltung von Rechtsradikalen zu befürchten, dass Bürger mit Migrationshintergrund abgeschoben werden könnten, wenn sie an die Macht kämen.

Die bei dem geheimen Treffen am 25. November 2023 im Hotel „Landhaus Adlon“ bei Potsdam ausgesprochenen Gedanken über eine mögliche Ausweisung von deutschen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund könnten ähnlich wie damals der Ariernachweis der Nationalsozialisten zu einer furchtbaren Realität werden. – Die Rechten sprechen von gebürtigen Deutschen und von „Passdeutschen“. Nach Auffassung der Rechten gilt für die „Passdeutschen“ nicht das grundgesetzlich verbürgte Staatsbürgerrecht.

Während das in Potsdam noch heimlich hinter verschlossenen Türen erörtert wurde, grölte man am Pfingstsonntag, dem 19. Mai 2024, auf der Insel Sylt und seitdem in vielen Orten öffentlich „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ nach der Melodie des Party-Hits von 2001 „L'Amour toujours“ des italienischen Komponisten Gigi D'Agostini. Dieser Hit ist inzwischen so was wie die Hymne der Rechtsradikalen geworden. So sah man sich gezwungen, das Abspielen dieses Schlagers bei öffentlichen Musikveranstaltungen und den zahlreichen Public-Viewing-Veranstaltungen anlässlich der Fußball-EM zu untersagen.

Das erinnert mich daran, dass auch die Nationalsozialisten lange vor ihrer Machtergreifung „Ausländer raus“ riefen und bereits seit 1920 darüber nachdachten, wie Bürger in verantwortlicher Stellung ihre arische Abstammung nachweisen können. Für alle Beamten und ihre Ehepartner wurde ein „kleiner Ariernachweis“ erdacht, welcher eine arische Abstammung ab 1. Januar 1800 nachweisen sollte, und für Angehörige der SS ein „großer Ariernachweis“, welcher eine arische Abstammung ab 1. Januar 1750 nachweisen sollte. Unmittelbar nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 wurden diese Überlegungen zum Gesetz erhoben.

Aber auch bekannte Diktatoren hatten einen Migrationshintergrund und stammten ursprünglich nicht von dem Volk ab, welches sie regierten. So war beispielsweise Napoleon kein Franzose, sondern Korse, Stalin kein Russe, sondern Georgier und Hitler kein Deutscher, sondern Österreicher.

Doch bis zu welcher Generation zurück ist man heute in den Augen der Rechten „deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund“? Habe ich einen Migrationshintergrund, weil einer meiner Urgroßväter väterlicherseits aus dem tschechischen Teil des Erzgebirges, aus Jachimov (Joachimsthal) kam und ein Urgroßvater mütterlicherseits in einem französischen Dorf bei Straßburg lebte? – Für die Nationalsozialisten fielen Tschechen und Franzosen nicht unter den Arierparagrafen, weil es in den Grenzregionen zu diesen Ländern schon seit Jahrhunderten viele Verbindungen gab. So wäre ich

nach der Lesart der Nationalsozialisten trotz dieser beiden nicht deutschen Urgroßväter Arier. Doch gilt das auch bei der AfD, oder wäre ich dann „Deutscher mit Migrationshintergrund“ und müsste eine Ausweisung befürchten, wenn diese an die Macht kämen?

*Klaus-Rainer Martin*

## Mehr als 50 Jugendhilfe- und Freiwilligendienstträger warnen vor Rotstift-Politik zu Lasten junger Menschen

*Offener Brief an Bundeskanzler, Vizekanzler und Finanzminister zum Haushalt 2025*

Angesichts der laufenden Haushaltsberatungen machen die Träger der initiativeKJP und 40 weitere Organisationen darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, in die Zukunft junger Menschen zu investieren. In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner warnen die Träger vor einer Rotstift-Politik, die erhebliche gesellschaftliche Folgekosten nach sich ziehen werde.

Im Mittelpunkt steht für die Unterzeichner\*innen die Frage nach der Zukunft der Gesellschaft und der Rolle, die junge Menschen darin spielen. Für junge Menschen ist es wichtig, Demokratie selbst zu machen und Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Das bietet die Kinder- und Jugendhilfe, etwa in Jugendverbänden, in Sportvereinen, in Jugendzentren, in Bildungsstätten, bei internationalen Begegnungen, in Freiwilligendiensten oder in Selbstvertretungen junger Menschen, die in stationären Einrichtungen aufwachsen. „Nicht zuletzt die Europawahl hat gezeigt, dass der Demokratiemotor Kinder- und Jugendhilfe nicht kaputtgespart werden darf: Denn überall in Europa ist zu beobachten, dass der Rechtsruck mit der Schwächung zivilgesellschaftlicher Strukturen einhergeht“, sagte AGJ-Geschäftsführerin Franziska Porst.

Zur Stärkung der Demokratie und der Förderung der individuellen und gesellschaftlichen Resilienz junger Menschen in krisenhaften Zeiten kommt deswegen der verlässlichen Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe eine wichtige Rolle zu. Diese Infrastruktur wird über den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes, dem zentralen Förderinstrument des Bundes für die Kinder- und Jugendhilfe, finanziert. Aufgrund der gerade debattierten strikten Sparvorhaben für alle Ressorts, auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), steht die Förderung und Existenz zivilgesellschaftlicher Strukturen auf dem Spiel. Bei Kürzungen in den Programmtiteln des BMFSFJ würden auch die über den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) geförderte Bundeszentrale Kinder- und Jugendhilfe sowie die Freiwilligendienste empfindlich getroffen. „Eine wegbrechende Infrastruktur wird langfristig nicht ersetzbar sein und wird die Demokratie schwächen. Hier ist also gesamtgesellschaftlich viel mehr zu verlieren, als fiskalisch zu gewinnen ist.“ so AGJ-Geschäftsführerin Franziska Porst.

### Hintergrund: Kinder- und Jugendplan des Bundes

Der Kinder- und Jugendplan (KJP) ist das zentrale Förderinstrument der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene. Seit 1950 wirkt er darauf hin, dass junge Menschen durch vielfältige Angebote die bestmöglichen Rahmenbedingungen erhalten, um sich zu entwickeln, sich auszuprobieren und Gemeinschaft zu gestalten. Die durch den KJP geförderte bundeszentrale Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe trägt dazu bei, dass alle

jungen Menschen möglichst gleiche Chancen erhalten, Benachteiligungen abgebaut werden und Risiken präventiv begegnet wird.

Der KJP ist damit eine Investition in Demokratie, Generationengerechtigkeit und gesellschaftliche Weiterentwicklung.

## Zukunftsklage für den Klimaschutz

Zum Thema Klimaschutz gibt es schon lange Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Organisationen wie dem "BUND", "Parentsforfuture" und der Regierung. Jetzt hat u.a. "Greenpeace" eine neue Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht und fordert dazu auf, sich dieser Klage anzuschließen

Worum geht es in der Klage?

„Die Bundesregierung und der Bundestag haben es bisher versäumt ausreichende Maßnahmen für den Klimaschutz zu ergreifen. Deshalb reichen wir eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein. Die deutschen Klimaschutzziele erfüllen nicht die Anforderungen des Pariser Klimaschutz-Abkommens und werden dazu noch verfehlt. Insbesondere im Verkehrssektor bestehen große Lücken aufgrund fehlender gesetzlicher Maßnahmen. Wir klagen gegen dieses Unterlassen des Gesetzgebers. Anstatt ausreichende Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen, hat der Bundestag auf Vorschlag der Bundesregierung darüber hinaus das Klimaschutzgesetz abgeschwächt: Die verbindlichen Ziele für

verschiedene Bereiche ("Sektoren") wie Verkehr und Gebäude wurden gestrichen. Die Bundesregierung ist nicht mehr verpflichtet, unverzüglich nachzusteuern, wenn Deutschland vom Kurs abweicht. Wir halten dies für verfassungswidrig und klagen auch dagegen.“

Ist die Beschwerde erfolgreich, könnte das Bundesverfassungsgericht die Regierung verpflichten, ehrgeizige Klimaziele festzulegen, die Änderungen im Klimaschutzgesetz wieder zurückzunehmen und im besten Falle auch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor zu ergreifen.

Mehr Informationen darüber findet man im Internet u.a. unter Ich fände es gut, wenn wir auch über dies Thema diskutieren und uns eine Meinung bilden würden.

*Walter Hamann*

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung des Herausgers wieder.**

**Beiträge und Anregungen bitte an**

**Klaus Herrmann,  
E-Mail: [kherrmann@kabelmail.de](mailto:kherrmann@kabelmail.de)**

**Unsere nächsten Treffen:  
09.09. und 14.10.2024  
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr  
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

**Der Herr heilt, die zerbrochenen Herzens sind, und verbindet ihre Wunden.**

*(Monatsspruch für August 2024 aus Psalm 147,3)*

Herausgeber: DAGS  
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:  
Siegfried Heidler, Hamburg  
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:  
31. August 2024